

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER KOMMUNALEN LANDESVERBÄNDE

Städteverband
Schleswig-Holstein

(federführend 2014)

Schleswig-Holsteinischer
Landkreistag

Schleswig-Holsteinischer
Gemeindetag

Städtebund Schleswig-Holstein • Reventouallee 6 • 24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Frau Vorsitzende
MdL Barbara Ostmeier
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

24105 Kiel, 18.12.2014

Unser Zeichen: 33.40.00/33.40.50 ze
(bei Antwort bitte angeben)

per Mail: Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/3837

a) Entwicklung der Zuwanderung, der Einreise von Flüchtlingen und von Asylbewerbern in Schleswig-Holstein Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 18/2160

b) Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein Bericht der Landesregierung - Drucksache 18/2190

Sehr geehrte Frau Ostmeier,
sehr geehrte Damen und Herren,

als Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände bedanken wir uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu o.g. Berichten und Drucksachen.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände ist seit Monaten sehr intensiv in Gesprächen mit der Landesregierung, um die Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern konzeptionell und konstruktiv gemeinsam zu bewältigen. Dabei ist vor allem die Frage eines gemeinsamen konzeptionellen Vorgehens zum Aufbau einer Willkommenskultur und –struktur intensiv diskutiert worden. Dazu gehört aus unserer Sicht auch der breite Aufbau einer Gremien- und Arbeitsstruktur unter Beteiligung des Landes, der Kommunen, der kommunalen Landesverbände, der Freien Wohlfahrtsverbände, der Wohnungswirtschaft, der Flüchtlingsorganisationen und anderer relevanter Gruppen.

Im Rahmen der Diskussionen sind aber insbesondere kommunale Forderungen nach einer viel stärkeren finanziellen Unterstützung des Landes, die längere zentrale Unterbringung in Landesaufnahmeeinrichtungen, die Möglichkeiten einer angemessenen Wohnraumversorgung und verstärkten Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft, die stärkere und qualifizierte Sprachförderung, die strukturierte Einbindung des Ehrenamtes und die Einführung einer Gesundheitskarte für Zuwanderer eingebracht worden. Diese Forderungen lassen sich aus unserer Sicht wie folgt zusammenfassen:

1. Aufbau einer koordinierten und konzeptionell strukturierten Arbeitsstruktur von Landesregierung, Kommunen, KLV, Wohlfahrtsverbänden, Wohnungswirtschaft und anderen Vereinen und Verbänden (konkrete kommunale Vorschläge dazu liegen der Landesregierung vor).
2. Durchführung eines Flüchtlingsgipfels zur politischen Klärung und Vereinbarung gemeinsamer Eckpunkte von Land und Kommunen.
3. Stärkere finanzielle Entlastung der Kommunen (die Nachschiebeliste zum Haushaltsentwurf 2015, vgl. LT- Umdruck 18/3612, ist aus unserer Sicht auf die kommunale Entlastungswirkung zu überprüfen und detaillierter darzustellen).
4. Vollständige Entlastung der Kommunen bei den Kosten der Krankenhilfe und Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge und Asylbewerber (vgl. Beispiel Bremen).
5. Investitionsprogramm mit Zuschüssen für Kommunen für die Schaffung und Herrichtung von Unterkünften anstelle von Darlehen.
6. Entbürokratisierung bei der Genehmigungspraxis des Landes, insbesondere bei der Anerkennung von Unterkünften.
7. Absenkung von Standards für Unterkünfte, Befreiung von überflüssiger Reglementierung, um der akuten Notsituation wirksam begegnen zu können.
8. Längerer zentraler Verbleib der Flüchtlinge und Asylbewerber zur notwendigen Klärungen des Status, zu gesundheitlichen Untersuchungen und für Sprach- und Integrationskurse.
9. Neben den Kreisen sollten die kreisangehörigen Gemeinden und Städte für die Betreuung von Flüchtlingen eine eigene Pauschale erhalten.
10. Bei der Prüfung der Angemessenheit der Wohnkostenerstattung sollte Abweichungen von den Standardvorgaben großzügiger gehandhabt werden, um damit die Kommunen bei der Bewältigung der Aufgaben zu entlasten und sie von Mehrkosten zu befreien.

Gleichzeitig führen die Kommunen intern und extern vor Ort intensive Diskussionen und Gespräche zum Aufbau und zur Umsetzung einer Willkommenskultur und –struktur. Mit zunehmenden Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen sind dabei folgende Probleme zu lösen:

- Verbesserung der Wohnungsmarktsituation (Sanierung, Neubau eigenen Wohnungsbestands, Belegungsrechte und Kooperationsvereinbarungen mit Wohnungswirtschaft, Gespräche mit Wohnungswirtschaft)
- Benennung zentraler Ansprechpartner im Land für das Ehrenamt
- Es fehlen Standardformulare, Piktogramme und Formulare mit Alltagsformulierungen in den Muttersprachen der Flüchtlinge zur einfacheren Gestaltung der Anfangs- und Alltagskommunikation
- Verbesserung der Verwaltungsorganisation (Aufbau einheitlicher Ansprechpartner, Integrationsstellen, gemischte Arbeitsgruppen)
- Beschluss eines kommunalen Konzepts zur Aufnahme und Unterbringung
- Einbindung von ehrenamtlichem Engagement (Lotsen, Dolmetscher, Betreuer)
- Verbesserung und Anpassung der Planungen für Kitas, Schulen, Quartiere.

Daher lässt sich derzeit festhalten, dass aufgrund der steigenden Zuwanderungszahlen und der hohen Bedeutung des Themas ein sehr hoher kommunaler Handlungsdruck besteht, der nur dann angemessen und erfolgreich bearbeitet werden kann, wenn alle Akteure in Land und Kommunen gemeinsam agieren und verantwortungsbewusst handeln.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Jochen von Allwörden', with a stylized flourish at the end.

Jochen von Allwörden
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied